

# Stadt Neu-Anspach

## BESCHLUSS

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Dienstag, den 11.09.2012.

### **3.9 Erlass einer Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten Vorlage: 182/2012**

#### **Stellungnahme des Haupt- und Finanzausschusses**

Für den Haupt- und Finanzausschuss führt Stadtverordnete Ulrike Bolz aus, dass am 3.9. die Vorlage 182, unter Beteiligung der Elternbeiräte beraten wurde.

Aus der Elternschaft wurde der Wunsch geäußert, die Drittelregelung nicht in drei sondern in fünf Jahren zu erreichen.

In der heutigen Sitzung wurde unter Einbeziehung von Anträgen der FWG-UBN-Fraktion und der SPD-Fraktion beschlossen, die Gebühren für das Jahr 2013 um 10% zu erhöhen. Das Essensgeld soll in zwei Etappen um jeweils 5,00 € angehoben werden.

Zeitnah soll im Kultur- und Sozialausschuss jeweils unter Einbeziehung der Elternbeiräte die Kostensituation beraten werden. Die Vorschläge für die Jahre 2014 und 2015 sind gestrichen worden. Abschließend wurde beschlossen die Drittelregelung in den nächsten 5 Jahren zu erreichen.

#### **Stellungnahme der Fraktionen**

##### **a) FDP-Fraktion**

Für die FDP-Fraktion beantragt Stadtverordneter Rolf Scherer, den Magistrat zu beauftragen, das Gesamtbudget in punkto Zuschussbedarf/Kostendeckungsgrad einer jährlichen – mit Haushaltsvollzugsbericht – Überprüfung zu unterziehen.

Bei Abweichungen, die den festgeschriebenen Elternanteil von 33,3 % sowohl positiv als auch negativ verändern, ist der Stadtverordnetenversammlung eine angepasste Gebührensatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

##### **b) CDU-Fraktion**

Für die CDU-Fraktion führt Stadtverordnete Ulrike Bolz aus, dass man weit weg von der Drittelregelung sei. Mit heutigem Beschluss werde deutlich, dass in den nächsten 5 Jahren die Drittelregelung wieder erreicht werde. Innerhalb ihrer Fraktion sei ausführlich und mehrfach beraten worden. Auch ihre Fraktion sei nicht glücklich Familien mit neuen Kosten zu belasten. Aber der Nutzer solle in Höhe von einem Drittel beteiligt werden.

##### **c) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt Stadtverordnete Gudula Bohusch, dass ihre Fraktion mit einer Erhöhung für 2013 mit 10% leben könne. Die Essensgelderhöhung wolle sie jedoch nur um ein Jahr vornehmen. Die jährlichen Beratungen der Kostensituation unter Beteiligung der Eltern werde begrüßt. Der Festlegung in den nächsten 5 Jahren die Drittelregelung zu erreichen, werde ihre Fraktion nicht zustimmen. Diese Festlegung solle offengehalten werden.

##### **d) FWG-UBN-Fraktion**

Für die FWG-UBN-Fraktion führt Stadtverordnete Karin Birk-Lemper aus, dass ihre Fraktion gegen Bevorzugungsbeschlüsse sei. Vielmehr solle jedes Jahr neu diskutiert werden. Der Fünfjahresplanung stimme ihre Fraktion zu. Bezüglich des Essensgeldes plädiere sie dieses nur für das nächste Jahr zu beschließen.

##### **e) SPD-Fraktion**

Für die SPD-Fraktion beantragt Stadtverordneter Thomas Pauli, die Essensgelderhöhung in den nächsten zwei Jahren jeweils 5,00 € vorzunehmen. Die Festlegung die Drittelregelung in fünf Jahren zu erreichen ist seiner Fraktion zu starr..

#### **Aussprache**

Bezüglich des von der FDP-Fraktion eingebrachten Antrages erklärt der Vorsitzende, Stadtverordnetenvorsteher Holger Bellino, dass dieser inhaltlich mit der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses übereinstimme. Sodann zieht Stadtverordneter Rolf Scherer den von seiner Fraktion gestellten Antrag zurück.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Gebührensätze für das Jahr 2013 um 10% zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 36 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Essensgeld für die Jahre 2013 und 2014 um jeweils 5,00 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 24 Ja-Stimme(n), 11 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)**

3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, sofort nach Vorliegen abschließender Erkenntnisse über die Beteiligung des Landes an den Mehrkosten aus der Mindestverordnung die Gebühren neu zu kalkulieren und den Gremien vorzulegen. Diese sollen dann zeitnah und vor den Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2014 mit entsprechender Information und Beteiligung der Elternbeiräte im Kultur- und Sozialausschuss erneut beraten werden.

**Beratungsergebnis: 36 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

4. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Gebührensätze mit Gültigkeit ab dem 01.01.2014 und dem 01.01.2015 werden gestrichen.

**Beratungsergebnis: 36 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

5. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, binnen fünf Jahren die 1/3-Regelung zu erreichen.

**Beratungsergebnis: 36 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**